

Tagung des Max-Planck-Instituts für Innovation und Wettbewerb
in Zusammenarbeit mit dem Alumni-Verein des Instituts
Brexit – Konsequenzen für Innovation und Wettbewerb

7. Juli 2018

Marstallplatz 1, 80539 München

Tagungsbericht

Brexit – viele Fragen, wenig Klarheit

Welche Auswirkungen hat das Ausscheiden Großbritanniens aus der EU auf Wirtschaft, Gesellschaft und Recht? Diesen Fragen widmete sich die diesjährige Alumni-Tagung. Wie konkret das Thema werden würde, konnten die Veranstalter kaum erahnt haben, als sie vor gut einem Jahr das Tagungsthema festlegten. Sie waren sich sicher: Neun Monate vor dem Ausscheiden Großbritanniens aus der EU sollten die Art und Weise des Austritts und flankierende Rechtsfragen weitestgehend geklärt sein. Mitnichten.

Als der Geschäftsführende Direktor *Prof. Dr. Reto Hilty* am Morgen des 7. Juli Alumni und Aktive des Instituts begrüßte, lag gerade ein druckfrisches Positionspapier mit zwölf Grundprinzipien des britischen Kabinetts vor. Diesen – twittergerecht formulierten – #dealforbritain hatte die britische Premierministerin Theresa May just am Vorabend ihren Kabinettsmitgliedern in Klausur abgetrotzt – auf dem Landgut Chequers unter Handyentzug und drohender Amtsentlassung.

Deal oder no Deal?

Während sich elf Referenten aus Wirtschaft und Wissenschaft daran machten, die Auswirkungen eines weichen oder harten Brexits zu erläutern, reicherte die britische Regierung ihre zwölf Brexit-Prinzipien zu einem rund 100 Seiten zählenden White Paper an. Veröffentlicht werden sollte es erst knapp eine Woche nach der Tagung. Solange ließen sich die Brexit-Hardliner in Mays Kabinett indes nicht Zeit: Boris Johnson und David Davis traten drei Tage nach der Einigung von Chequers zurück.

Doch das konnten die Redner noch nicht wissen. Sie hatten die mühsamen Verhandlungen der vergangenen Monate in und außerhalb der UK verfolgt und die Kernfrage lautete immer noch: Kommt ein harter Ausstieg mit baldigem Drittlandstatus oder softes Ende mit Handelsabkommen und weitreichenden Vorteilen als Quasi-Mitglied? Mays avisierter Deal für Großbritannien, so stellten die Redner einhellig fest, ermögliche einen weichen Brexit via Freihandelsabkommen und unter Beibehaltung wichtiger EU-Standards.

„Unfall in der Geschichte Europas“

In seinem Einführungsvortrag warnte *Prof. Dr. Hans-Werner Sinn* vor Hochmut auf europäischer und deutscher Seite. „Der Austritt ist ein größerer, ja katastrophaler Unfall in der Geschichte Europas“, befand der frühere Chef des Ifo-Instituts. Es sei eine „dumme und gefährliche Politik, Großbritannien als Nuklearmacht und noch dazu die zweitgrößte Volkswirtschaft Europas und wichtigster Handelspartner der EU ziehen zu lassen“. Das frühere Mitglied des Kuratoriums des einstigen Max-Planck-Instituts für Geistiges Eigentum, Wettbewerbs- und Steuerrecht hob dabei

nicht nur auf die wirtschaftliche, sondern auch auf die verteidigungspolitische Bedeutung der Briten ab. Innerhalb der EU verändere der Austritt die Machtverhältnisse, das Machtgleichgewicht werde zerstört – wirtschaftlich und politisch, warnte Sinn. Vergleiche man die Wirtschaftskraft, komme der Austritt des Vereinigten Königreiches dem simultanen Weggang von 19 der 28 EU-Staaten gleich.

Hinzukomme auch ein politischer Faktor: Derzeit liegt der Bevölkerungsanteil von Großbritannien, Holland, Deutschland, Österreich und der Nordländer über den 35 Prozent, die im Ministerrat die Sperrminorität bilden. Das werde aber ab April 2019 anders sein. „Dann steigt der Anteil der mediterranen Mittelmeerländer von 38 auf 43 Prozent der Gesamtbevölkerung in der EU, und jener der nördlichen Länder sinkt von 39 auf 30 Prozent“, rechnete der Volkswirt vor. Eine veränderte Außenhandelspolitik mit protektionistischen Zügen sei nur eine der möglichen Folgen. Sinn warnte mehrmals vor der EU als Transferunion zu Lasten der Nordländer.



Dr. Friederike Busch (Vorsitzende des Alumni-Vereins) mit Prof. Dr. Hans-Werner Sinn

Gewinner und Verlierer

Sinns Bilanz für den Brexit fiel überwiegend negativ aus: „Großbritannien verliert in der Summe, aber einzelne Bereiche werden gewinnen.“ So werde die City of London ihre Bedeutung als Umschlagplatz für Transaktionen des europäischen Finanzmarktes zwar teilweise verlieren. Darin liege jedoch eine Chance für die alten Industriegebiete, die ihre Wettbewerbsfähigkeit zugunsten der City verloren hätten. Auf dem Wege über eine Pfund-Abwertung kämen diese Gebiete wieder hoch.

Pick the Cherries

Neue Märkte erschließen, Altes bewahren – diese Devise leitet wohl auch May mit ihrem 12-Punkte-Plan. Darin: Eine Freihandelszone für Waren (Industrie- und Agrarprodukte), nicht aber die Freizügigkeit für Menschen. Dies gilt Vielen als anstößiges Rosinenpicken aus den Grundfreiheiten der EU. Für Sinn ist das britische Cherry Picking unter Berücksichtigung der Faktorpreisausgleichstheorie ökonomisch sinnvoll: „Güterhandel und Arbeitskräftemigration sind keine Komplementäre, sondern Substitute, die sich teilweise ersetzen können. Entscheiden sich die Briten, die Migration nicht zuzulassen, ist der Freihandel bei Gütern umso wichtiger, um Nachteile auszugleichen“, erklärte der Volkswirt.

Sinn mahnte zu einem Kurswechsel in der Verhandlungsführung mit den Briten. Spät sei die Politik aufgewacht, aber noch nicht zu spät. Er forderte daher, die europäischen Regeln zu ändern, auf die Subsidiarität des EU-Rechts zu achten. Die EU sei noch nicht bereit für eine Transfer-Union. „Sonst drohe Katalonien im Quadrat“, sagte Sinn. Schlimmer noch sei aber, Großbritannien für seinen Austritt aus Abschreckungsgründen zu bestrafen. Deutschland dürfe diese Strategie nicht mittragen: „Ein System, aus dem man nicht austreten kann, ist ein Gefängnis.“

Was denkt die Wirtschaft?

Aus Sicht von *Andreas Meyer-Schwickerath* wache die britische Wirtschaft erst seit wenigen Wochen auf. Der Director der British Chamber of Commerce in Germany (BCCG), die mit 900 Mitgliedern die größte British Chamber in Europa und zweitgrößte internationale Handelskammer in Deutschland bildet, beschreibt vor allem zwei Sorgen, die Unternehmer umtreiben: Die mögliche Unterbrechung der aufs Höchstmaß ausnuancierten Supply Chains (gerade in der Automobilindustrie) und die Verlagerung von Produktionsstätten. Diesen Schritt hätten Tata, BMW und Nissan sowie Airbus bereits in Aussicht gestellt, sollte es zu einem harten Brexit kommen. Auch Siemens stoppe bereits den Ausbau weiterer Produktionsstätten in Großbritannien.

Welche Bedeutung haben die Briten für Europa?

Großbritannien ist die zweitgrößte Volkswirtschaft innerhalb der EU mit einem Bruttoinlandsprodukt von 2,5 Billionen Euro. Für Deutschland ist Großbritannien das viertgrößte Exportland nach den USA, Niederlanden und Frankreich. Der bilaterale Handel inklusive Dienstleistungen betrug 2017 insgesamt 180 Milliarden Euro mit einem Anstieg von 2,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Leicht gestiegen ist auch der Warenverkehr mit insgesamt 130 Milliarden Euro. Britische Exporte nach Deutschland betragen etwa 40 Milliarden Euro, deutsche Exporte nach Großbritannien betragen mit etwa 90 Milliarden Euro mehr als das Doppelte. Insgesamt gehen über 50 Prozent des Exportes aus Großbritannien in die EU. Deutschland ist das wichtigste Land für Exporte aus Großbritannien.

Für *Meyer-Schwickerath* standen beim Austrittsreferendum vor zwei Jahren jedoch weniger die wirtschaftlichen Themen im Zentrum, als Fragen der Zuwanderung. Großbritannien habe seine Erfahrung als Einwanderungsland für die Bewohner des Commonwealth und integriere über 1,5 Millionen Europäer. Die Sorge der Briten vor unkontrollierter Zuwanderung sei vor allem mit der Öffnung Europas für Kriegsflüchtlinge ab 2015 und durch vermehrte Arbeitslosigkeit unter den Eingewanderten gestiegen. Ein Grund mag auch in der fehlenden Meldepflicht liegen: Wer die ersten fünf Jahre mit marginalen Jobs, Handyvertrag und Interims-Wohnadresse schaffe, komme in den Genuss des britischen Sozialsystems.

No Deal = No Fun

Welche Auswirkungen hätte ein harter Brexit? Laut Berechnungen der BCCG verteuerten Zölle und Steuern die wichtigsten Exportschlager der Deutschen beträchtlich.

Mögliche Zölle:

Autos/Autoteile (31 Mrd. Euro aus D, 9 Mrd. Euro aus UK):	+ 5-10 %
Maschinen (9 Mrd. Euro aus D, 3 Mrd. Euro aus UK):	bis zu 4 %
Pharma und Chemie (11 Mrd. Euro aus D, 6,4 Mrd. Euro aus UK):	+ 2-4 %
Datenverarbeitungsgeräte (6 Mrd. Euro aus D, 3 Mrd. Euro aus UK):	+ 4-10 %
Nahrungsmittel (ca. 3-4 Mrd. Euro aus UK und D - ohne Scottish Whisky):	+8-15 %
Metalle (4 Mrd. Euro aus D, 2 Mrd. Euro aus UK):	+4-10 %

Quelle: BCCG 2018

Mit einem Volumen von 25 Milliarden Euro seien aber auch Finanzdienstleistungen bei einer No-Deal-Lösung besonders betroffen.

Und was erwarten einstweilen die Unternehmer vom Brexit? Wenig. 43 Prozent der von der BCCG vertretenen Unternehmer erwarten laut BCCG Schaden für die deutsche Wirtschaft.

Den Brexit weniger wirtschaftlich denn politisch hinterfragend, zeichnete *Prof. Dr. Georg von Graevenitz* von der Queen Mary University of London ein detailliertes Bild vieler Zufälle und großer Unzufriedenheit auf der Insel. Die Fehde des damaligen Premier Cameron innerhalb seiner Partei spiele eine große Rolle, ebenso wie die britische Presse, die die EU vor dem Auseinanderbrechen währte. Auch die schlechte Organisation der Zuwanderung ließen *Graevenitz* den Vergleich zur Geschichte der Schildbürger ziehen. Für ihn ging es den Briten 2016 weniger um Selbstbestimmung und Souveränität als darum, ihre generelle Unzufriedenheit im eigenen Land zum Ausdruck zu bringen.

Brexit als Risiko für den Absatz und die CO₂-Bilanz

Für Automobilhersteller ist Großbritannien ein wichtiger Markt. *Andre Hainzmaier* leitet bei AUDI den Bereich App-Entwicklung. Für ihn ist der Brexit unter anderem auch ein Risiko für die Verkaufszahlen. So würde ein harter Austritt ein Fahrzeug für den britischen Konsumenten um mehrere tausend Euro verteuern. Großbritannien ist für Audi der viertgrößte Markt nach China, Deutschland und den USA.

Neben dem Absatzrisiko erfüllt vor allem das Risiko einer unterbrochenen Supply Chain die Automobilunternehmen mit Sorge. Sollte kein Deal mit einheitlichen Standards oder Zollvorschriften greifen, drohe die Produktionskette durch langwierige Zoll- und Qualitätsprüfungen zu stocken. „Dafür sollte allen Ernstes ein längerer Autobahnabschnitt auf englischer Seite einseitig gesperrt werden – als Parkplätze“, ergänzte von *Graevenitz*. Laut *Hainzmaier* fürchten Automobilhersteller nichts so sehr wie stillstehende Bänder (Just-in-time-Lieferketten); der Schaden gehe schnell in die Millionen. Ein harter Brexit sei ein Unsicherheitsfaktor, die Unternehmen planen die Produktion langfristig und so verlagern manche Hersteller bereits die Produktion an andere Länder.

Ein weitgehend unbeachteter Aspekt betrifft die Umweltziele bis 2020: Dann dürfen neu zugelassene Pkw nur noch 95g CO₂ je Kilometer ausstoßen – die schärfsten Ziele weltweit. Diesen Durchschnittswert für schwere Karossen wie leichte Flitzer erreichen die Hersteller nur, wenn sie genug alternative Antriebe absetzen. Und hier ist der britische Markt enorm wichtig. Die Briten sind sehr aufgeschlossen gegenüber E-Autos und Plug-in-Hybriden, was wiederum der CO₂-Bilanz der Hersteller zugutekommt. Mit dem Ausscheiden der Briten müssten diese Fahrzeuge eigentlich auch aus den Bilanzen herausgerechnet werden. Und das führt – so auch der Branchenverband *Acea* – zu einer deutlichen Anhebung des Wertes.

Einen harten Brexit fürchtet auch Siemens. *Dr. Markus Reigl* leitet dort den Bereich Technische Regulierung und Standardisierung. Er weiß um die Bedeutung einheitlicher Standards, die eine Zwischenprüfung und damit Verzögerungen in der Lieferkette unnötig machen. Auch er sprach sich für einen soften Brexit aus – am liebsten in der EFTA-Variante.

Start-Ups ziehen weiter

Und wie reagieren die Unternehmer, die keine Belegschaften und Werke zu unterhalten haben, die erst noch in die Gewinnphase kommen müssen? Aus der Sicht der Start-Ups war Großbritannien bisher ein beliebtes Pflaster. Davon berichtete *Christian Lindener*, Managing Director bei Wayra Deutschland, einer Plattform, die Gründern Zugang zu Kapital, Coaching und Weltfirmen vermittelt. London sei das größte Ökosystem für Start-Ups, berichtet Lindener. Dort zählt er die meisten Gründungen, dort gebe es das meiste Geld. Sollten sich die Bedingungen jedoch ändern, verlagern Start-Ups schnell ihren Sitz. Das Londoner Büro von Wayra mache ihm daher Sorgen.

Intellectual Property – viele Fragen, noch wenig Antworten

Neben den wirtschaftlichen Gesichtspunkten widmete sich die Tagung in einem weiteren Panel den Auswirkungen des Brexit auf das Immaterialgüterrecht. Für Keynote-Sprecherin *Prof. Dr. Inge Govaere* von der Ghent University und dem College of Europe ist der Brexit eher ein politisches, denn ein ökonomisches Problem. Für die Briten gehe es darum, die Souveränität zurückzugewinnen, für die EU um den Erhalt ihrer Autonomie. In Zeiten großer EU-Skepsis und erstarkenden Nationalismus zähle vor allem die EU als Garant für Frieden über Märkte und Bewohner.

Bezogen auf IP bedeute dies vor allem auf beide Seiten zuzugehen. Für die Bildung der EU waren Deutschland und Frankreich der Antrieb, für IP treiben Deutschland und Großbritannien die Rechtsentwicklung voran. Man denke nur an die Verfahren in den Fällen *Magill* und *AstraZeneca* sowie die jüngste Vorlage zum EuGH in *Generics UK*.

Govaere zeigte sehr deutlich, wie vielschichtig das Thema Brexit für Fragen des Geistigen Eigentums ist. Was gelte für die Zeit nach dem Brexit: Wird der Erschöpfungsgrundsatz im Verhältnis EU-Großbritannien auch weiterhin gelten? Was wird aus dem Einheitlichen Patentgericht und dem Einheitspatent? Govaere sieht ebenfalls Raum für ein Freihandelsabkommen, es müsse jedoch „balanced, ambitious and wide-ranged“ sein.

Alles ist möglich

Prof. Dr. Thomas Jaeger von der Uni Wien stellte fest, dass innerhalb des politisch Gewollten jedenfalls eine rechtlich tragfähige Umsetzung gefunden werden kann. Das zeige etwa das Beispiel Liechtenstein, wo etwa Ausnahmen von einzelnen Grundfreiheiten akzeptiert wurden, aber auch andere (die Drittstaaten einschließende Schengen-Kooperation oder die Zollunion mit dem Drittstaat Türkei). Die Hindernisse und Unwägbarkeiten scheinen aktuell eher im politischen, nicht im rechtlichen Bereich zu liegen, also aufseiten Großbritanniens in der Darlegung der eigenen Verhandlungsposition sowie auf Seiten der EU in der Verhinderung einer Präzedenzwirkung einer zu vorteilhaften Lösung.

Prof. Dr. Guido Westkamp von der Queen Mary University of London betonte, dass auch nach März 2019 Vieles beim Alten bleibe. High Courts und Supreme Court hielten sich dann nur noch an die Principles of UK Law. Wie diese künftig aussehen werden, lasse sich noch schwer erahnen.

Bleibt alles beim Alten?

GEMA-Justiziar *Dr. Tobias Holzmüller* ging davon aus, dass für den Bereich der Musik- und Unterhaltungsindustrie nur geringe Gefahren durch neue, abweichende Regelungen im materiellen Urheberrecht bestehe: UK sei der Dreh- und Angelpunkt des größten Licensing-Marktes der Welt. Die großen Deals würden auch weiterhin in London gemacht und Streitigkeiten vor britischen Gerichten ausgetragen. Mit Schwierigkeiten rechnet er eher bei der Regulierung des digitalen Binnenmarktes, der Reciprocity Gap und des Collective Rights Managements.

Prof. Dr. Dr. h.c. Hanns Ullrich vom MPI erläuterte als letzter Redner die Beteiligung Großbritanniens am Einheitlichen Patentgericht nach dem Brexit. Er forderte: Die EU solle ihren Integrationsansatz nicht dem Ziel der Teilnahme Großbritanniens am System des Einheitlichen Patentgerichts opfern. Die EU solle nicht der weiteren Teilnahme Großbritanniens am System des einheitlichen Patentschutzes den Vorrang vor der Integration der Mitgliedstaaten geben, die noch vor einer Beteiligung daran zurückschrecken.

Was kommt?

Worin waren sich alle Redner einig? Noch ist Zeit für die wesentlichen Antworten. Noch ist Zeit, für Wissenschaft, Politik und Wirtschaft, die drängendsten Fragen zu klären. Selbst ein Exit vom Brexit schien so manchem Experten möglich. „Alle Unternehmer haben einen Plan B in der Tasche“, bekräftigte Siemens-Manager *Reigl*. Bleibt abzuwarten, welchen Plan sie brauchen.

Michaela Hutterer, Journalist in Residence am MPI